

CONV 364/02

CONTRIB 126

FÖLJENOT

från:	Sekretariatet
till:	Konventet
Ärende:	Bidrag från Caspar Einem, ledamot av konventet och Maria Berger, suppleant i konventet – "På väg mot en social union (2), social trygghet, socialpolitik, allmännyttiga tjänster"

Konventets generalsekreterare har mottagit åtföljande bidrag från Caspar Einem, ledamot av konventet, och Maria Berger, suppleant i konventet.

=====

Beitrag

Caspar Einem, Mitglied des Konvents für den Österreichischen Nationalrat

Maria Berger, stellvertretendes Mitglied des Konvents für das Europäische Parlaments

Auf dem Weg zur Sozialunion (2) Soziale Sicherheit, Sozialpolitik, Daseinsvorsorge

A. Der Konvent zur Zukunft Europas bietet die Chance, die Europäische Union nach fünfzig erfolgreichen Jahren als Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa nun auch zu einer Union der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Dazu muss die Union einerseits auf ein klares, den Menschen in den Mittelpunkt stellendes Fundament gestellt werden und sie muss entsprechende Politiken entwickeln und stärken, die deutlich zu machen helfen, dass die Union ein wirkungsvolles politisches Instrument zur effizienteren und effektiveren Lösung von Herausforderungen und Problemen der Menschen von heute ist, als es etwa die Nationalstaaten sein können.

B. Die EU hat auf dem Weg in die Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger zunächst das Problem zu lösen, dass die fundamentalsten Interessen und Sorgen der Menschen einen entsprechenden Platz in der Politik finden: Beschäftigung und Soziale Sicherheit. In diesem zweiten Vorschlag soll es daher vor allem um folgende Schwerpunkte gehen: um die Absicherung von Kollektivverträgen gegen das Wettbewerbsrecht, um die Absicherung von Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen oder sozialen Interesse gegen das Wettbewerbsrecht, um die weiteren Bestimmungen nach inhaltlicher Verstärkung der Grundsätze der Sozialunion und um eine Stärkung des Sozialen Dialogs der Sozialpartner auf europäischer Ebene.

C. Dieser Vorschlag ist der zweite einer Reihe von auf einander abgestimmten Vorschlägen. Er beruht auf dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) und dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft (EGV) und er greift Vorschläge zahlreicher Institutionen und Experten auf. Es wird jedoch mit Blick auf eine künftige Verfassungsstruktur schon hier eine neue Anordnung der inhaltlichen Themenblöcke vorgeschlagen. Andererseits wird im Zuge der Fusion der bisherigen drei Verträge zu einem einzigen natürlich eine vollständige Neuordnung der Artikel und ihres „Designs“ notwendig werden. Was hier vorgeschlagen wird, ist daher kein Vorschlag zur Form, sondern zum Inhalt. Wird also etwa Artikel 2 EGV – allenfalls auch in neuer und knapperer Form – in den neuen Verfassungstext (-vertrag) überführt, dann soll er auf der Basis der hier vorgeschlagenen inhaltlichen Veränderungen und Ergänzungen überführt – und in dem Umfang auch modifiziert werden können, wie dies einer zeitgemäßen legislatischen Textkonzeption entspricht.

D. Grundsätzlich soll der Verfassungsvertrag mit den inhaltlichen Grundsätzen und Überzeugungen (den Werten, auf denen die Union beruht) und mit den Bestimmungen zur Unionsbürgerschaft beginnen. Dort ist auch die Charta der Grundrechte rechtsverbindlich und für Einzelnen durchsetzbar zu inkorporieren. Es erscheint sinnvoll, anschließend Teile zu den Themen „Kompetenzen“ und „Instrumente“ vorzusehen. Diesem Verfassungsvertrag im engeren Sinn sollen sich Schwerpunktsetzung anschließen. Auch aus der Anordnung der inhaltlichen Kapitel soll die Neuorientierung der Union auf ihre Bürgerinnen und Bürger deutlich werden.

E. Textvorschläge¹ zu den Grundsätzen und Überzeugungen der Union

1. Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft (EGV) soll neu gefasst werden, wie im Vorschlag CONV 232 formuliert, jedoch um den zweiten und den vierzehnten Spiegelstrich in Absatz 2 ergänzt::

„GRUNDSÄTZE

Artikel 2

(1) Ziel der Gemeinschaft ist, den Menschen innerhalb der Union ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Geborgenheit und Wohlstand, frei von wirtschaftlicher und sozialer Not und von Armut zu gewährleisten.

(2) Zu diesem Zweck errichtet und gewährleistet sie eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und sorgt durch Umsetzung der in Artikel 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft

- *für eine harmonische, ausgewogene, [...] nachhaltige und ökologisch vertretbare Entwicklung des Wirtschaftslebens,*
- **für die allgemeine und diskriminierungsfreie Zugänglichkeit von Diensten von allgemeinem Interesse,**
- *für Vollbeschäftigung unter Beachtung einer hohen Qualität der Arbeitsplätze und eines existenzsichernden Einkommensniveaus,*
- *für ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit,*
- *für die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen,*
- *für ein spannungsfreies Zusammenleben der Generationen,*
- *für ein beständiges und nichtinflationäres Wachstum,*
- *für einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen,*
- *für eine nachhaltige Umweltentwicklung und*
- *für ein hohes Maß an Umweltschutz und*
- *für eine Verbesserung der Umweltqualität,*
- *für die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität,*
- *für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt,*
- **für das Recht auf Information, Konsultation und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den sie betreffenden Fragen,**
- *für die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und*
- *für die Solidarität der Menschen innerhalb der Union.“*

Die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen oder sozialen Interesse und der gleichberechtigte Zugang zu ihnen sind einer der gemeinsamen Werte für alle europäischen Gesellschaften. Das soll auch in der Zielbestimmung zum Ausdruck kommen.

¹ Textänderungen gegenüber dem Text der geltenden Verträge (EGV, EUV) sind fett markiert, soweit die Änderungen nicht bereits im ersten Vorschlag (CONV 232) enthalten waren.

2. In Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) soll über den Vorschlag des ersten Textentwurfs hinaus noch folgende Änderung vorgenommen werden:

„Artikel 2

Die Union setzt sich folgende Ziele:

- *Die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, die Herstellung von Vollbeschäftigung, **eines hohen Niveaus an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit**, sowie die Herbeiführung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung...*“.
- [weiter wie bisher]

Hier geht es darum, bereits in den Grundsatzbestimmungen deutlich zu machen, dass die EU eine Wirtschafts- und Sozialunion sein soll und will.

3. Bezüglich Artikel 3 EGV wird einerseits auf den Änderungsvorschlag des Vorschlages CONV 232 zur Beschäftigungs- und Sozialunion verwiesen, andererseits die Hinzufügung eines Punktes jj) vorgeschlagen:

„(1) Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikel 2 umfaßt nach Maßgabe dieses Vertrages und der darin vorgesehen Zeitfolge:

...

...

- i) *eine gemeinsame makroökonomische Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung,*
- ii) *die Beachtung einer hohen Qualität der Arbeitsplätze und eines existenzsichernden Einkommensniveaus,*
- iii) *die Entwicklung einer europäischen [...] Beschäftigungsstrategie;*
- j) *eine Sozialpolitik, die auf Vollbeschäftigung unter Beachtung einer hohen Qualität der Arbeitsplätze sowie auf ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit zielt und diese Politiken mit einem Europäischen Sozialfonds unterstützt;*
- jj) *eine Gleichstellungspolitik, die Diskriminierungen **aus den in Artikel 13 EGV genannten Gründen** wirksam ausschließt“*

Weiters sollte in Absatz 2 folgende Ergänzung vorgenommen werden:

„Bei allen in diesem Artikel genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern und berücksichtigt die Erfordernisse des sozialen Schutzes und der sozialen Sicherheit, insbesondere was die Förderung allgemein zugänglichen, finanziell nachhaltigen und auf dem Grundsatz der Solidarität beruhenden Leistungen hoher Qualität betrifft.“

4. Artikel 6 EGV sollte aus Gründen der textlichen Konsistenz als Absatz 3 an Artikel 3 EGV angefügt werden.

5. In Artikel 6 EUV sollen die Grundsätze, auf denen die Union beruht wie folgt ergänzt werden:

*„(1) Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, **der sozialen Sicherheit**, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.“*

Im Abweichung vom Vorschlag der Spitzenverbände der deutschen Sozialversicherung soll nicht der Grundsatz der „sozialen Gerechtigkeit“ sondern der etwas klarer fassbare und operationalisierbare Grundsatz der „sozialen Sicherheit“ festgeschrieben werden.

6. Als neuer Artikel 6 soll folgender Text eingefügt werden:

„Artikel 6

(1) Die Union und die Mitgliedstaaten tragen im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse dafür Sorge, dass den Bürgern der Europäischen Union Dienste von allgemeinem, insbesondere wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Interesse zur Verfügung stehen.

(2) In Anbetracht des Stellenwerts dieser Dienste in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und für den sozialen und territorialen Selbstbehalt treffen die Union und die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse alle notwendigen Maßnahmen um folgenden Grundsätzen und Anforderungen für diese Dienste Rechnung zu tragen: allgemeiner und diskriminierungsfreier Zugang, Transparenz, Proportionalität, Qualität, Sicherheit, Nachhaltigkeit, Evaluierung und bedarfsorientierte Weiterentwicklung.

(3) Die Union achtet insbesondere bei der Anwendung der Artikel 73, 81, 83 - 97 das Recht der Mitgliedstaaten und ihrer territorialen Untergliederungen Dienste von allgemeinem Interesse nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen entweder selbst zu erbringen oder durch öffentliche Unternehmen oder andere Einrichtungen erbringen zu lassen und deren Finanzierung sicherzustellen. Die Union erlässt dazu ein Europäisches Gesetz oder ein Europäisches Rahmengesetz. “

Auf diese Weise wird der Inhalt von Artikel 16 EGV einerseits verändert und andererseits deutlicher zu den grundlegenden Zielen gerückt. Der bisherige Artikel 16 EGV entfällt. Mit dieser Neufassung und neuen Anordnung soll ua. den Forderungen der EPSU, ETF, ETUCE und UNI Europa Rechnung getragen werden.

Detailregelungen über spezielle Ausnahmen vom Wettbewerbs- oder Beihilfenrecht sollen in einem Ausführungsgesetz zu dieser (künftigen) Verfassungsbestimmung erlassen werden.

F. Textvorschläge zu den Politiken der Gemeinschaft (Union)

Änderungsvorschläge zum

Titel VI: Wettbewerb

7. Artikel 81 EGV soll ein Absatz 4 angefügt werden:

„(4) Vereinbarungen, die im Zuge von kollektiven Verhandlungen der Sozialpartner über Angelegenheiten der Sozialpolitik geschlossen werden, fallen nicht unter Absatz 1.“

Mit dieser Ergänzung soll sicher gestellt werden, dass (nationale) Kollektivvertrags-Vereinbarungen nicht im nachhinein vom EuGH dem Wettbewerbsrecht unterworfen werden.

8. Im zweiten Absatz des Artikels 82 soll die Aufzählung der Missbrauchstatbestände nach lit a) durch einen neuen lit b) ergänzt werden; die übrigen Buchstaben lauten dann statt b) bis d) c) bis e):

„b) der unmittelbaren oder mittelbaren Erzwingung von unangemessenen Lohn- oder Sozialbedingungen bei den Beschäftigten;“

Es geht darum, zu verdeutlichen, dass nicht nur Wettbewerber oder Konsumenten Geschädigte wettbewerbswidrigen Verhaltens sein können, sondern auch die Beschäftigten.

9. In Artikel 86 Absatz 2 sollen folgende Ergänzungen vorgenommen werden:

„(2) Für Unternehmen, die *Dienste im Sinne des Art. 6 EGV* erbringen oder den Charakter eines Finanzmonopols haben gelten die Vorschriften dieses Vertrages, insbesondere die Wettbewerbsregeln *nach Maßgabe des Art. 6*, soweit die Anwendung dieser Vorschriften nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert...“ [weiter wie bisher]

10. Nach Artikel 86 Absatz 2 soll folgender neuer Absatz 3 eingefügt werden, der bisherige Absatz 3 erhält die Absatzbezeichnung 4:

„(3) Die Kommission achtet auf die Anwendung dieses Artikels *und schlägt erforderlichenfalls gesetzliche Regelungen vor und richtet darauf gestützte Entscheidungen an die Mitgliedstaaten.*

11. In Artikel 87 Absatz 2 EGV soll nach Buchstabe c) folgende Ergänzung vorgenommen werden:

d) Beihilfen, wie sie Gemeinden als Eigentümer von Unternehmen oder Einrichtungen an diese Unternehmen oder Einrichtungen gewähren, wenn diese Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen.“

Ziel dieser neuen Bestimmungen ist es, den Gemeinden das Recht einzuräumen, ihre Dienstleistungen auch zu subventionieren, ohne dass dies meldepflichtig oder aus Wettbewerbsgründen verboten wäre.

Im Rahmen der in CONV 232 vorgeschlagenen Neuordnung der materiell-rechtlichen Bestimmungen soll unter

Titel I Wirtschafts- und Sozialunion

- Institutionelle Bestimmungen

folgende Änderung vorgenommen werden:

12. In Artikel 114 Absätze 2 und 3 sollen folgende Änderungen vorgenommen werden: Absatz 3 wird ersatzlos gestrichen, Absatz 4 erhält die Absatzbezeichnung 3; in Absatz 2 soll der dritte Satz künftig lauten:

„Jeder Mitgliedstaat sowie die Kommission und die EZB ernennen höchstens jeweils zwei Mitglieder des Ausschusses, wobei die EZB zugleich die an der WWU teilnehmenden Zentralbanken des ESZB vertritt. Mitgliedstaaten außerhalb der WWU können Vertreter der nationalen Zentralbanken als Mitglieder des Ausschusses benennen.“

Artikel 114 Absatz 3 überlässt die Zusammensetzung des wirtschaftspolitisch wichtigsten Ausschusses einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung des Rates auf Vorschlag der Kommission. Seit 1998, vor Eintritt in die 3. Stufe der WWU, sind neben der EZB zusätzlich alle Zentralbanken der Mitgliedstaaten im WFA vertreten, obwohl diese seit 1. 1. 1999 keine eigenständige Währungspolitik mehr betreiben. Dies hat zu einem wirtschaftspolitisch unausgewogenen Übergewicht der Vertreter der Zentralbanken gegenüber den Regierungsvertretern geführt. Daher wird eine primärrechtliche Regelung wie oben vorgeschlagen.

Im Rahmen des in CONV 232 vorgeschlagenen neuen Gliederungskonzepts sollen in Ergänzung der dort bereits vorgeschlagenen Änderungen folgende weitere Änderungen vorgenommen werden:

Titel I. Wirtschafts- und Sozialunion

-
- **Beschäftigungspolitik**

13. Die Bestimmung des Artikels 129 sollte verstärkt werden:

“Der Rat **beschließt** gemäß dem Verfahren des Artikels 251 und nach Anhörung des Wirtschaftsund Sozialausschusses, **der Sozialpartner**, sowie des Ausschusses der Regionen Anreizmaßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und zur Unterstützung ihrer Beschäftigungsmaßnahmen durch Initiativen, die darauf abzielen, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zu entwickeln, vergleichende Analysen und Gutachten bereitzustellen sowie innovative Ansätze zu fördern und Erfahrungen zu bewerten, und zwar insbesondere durch den Rückgriff auf Pilotvorhaben.“

Ziel der vorgeschlagenen Änderung ist es, den Rat zu veranlassen, in jedem Falle tätig zu werden und bei der Erarbeitung von Konzepten auch die Sozialpartner zu hören.

14. Für eine stärkere Verankerung des Europäischen Parlaments sowie der Sozialpartner im Beschäftigungsausschuß soll der Artikel 130 im zweiten Spiegelstrich wie folgt ergänzt werden:

*„- er gibt unbeschadet des Artikels 207 auf Ersuchen des Rates, der Kommission, **des Europäischen Parlaments** oder von sich aus **nach Anhörung der Sozialpartner** Stellungnahmen ab und trägt zur Vorbereitung der in Artikel 128 genannten Beratungen des Rates bei.“*

Im Rahmen des bisherigen

Titels IX. Handelspolitik

werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

15. Auch in der bereits vergemeinschafteten Handelspolitik ist den möglichen beschäftigungs- und sozialpolitischen Auswirkungen Rechnung zu tragen daher wird vorgeschlagen den Artikel 133 wie folgt zu ändern:

*„(1) Die gemeinsame Handelspolitik wird nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet; dies gilt insbesondere für die Änderung von Zollsätzen, den Abschluss von Zoll- und Handelsabkommen, die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen, die Ausfuhrpolitik, die handelspolitischen Schutzmaßnahmen, zum Beispiel im Fall von Dumping und Subventionen **sowie für die Verankerung von international anerkannten Sozial- und Umweltstandards in das weltweite Handels- und Investitionsregime. Die Mitgliedsstaaten und die Gemeinschaft handeln in der Handelspolitik im Einklang mit den Grundsätzen des Artikels 2 dieses Vertrages und fördern den effizienten und nachhaltigen Einsatz der Ressourcen.***¹

*(2) Die Kommission unterbreitet dem Rat **nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Sozialpartner** Vorschläge für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik.*

*(3) Sind mit einem oder mehreren Staaten oder internationalen Organisationen Abkommen auszuhandeln, so legt die Kommission **nach Anhörung des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses und der Sozialpartner** Empfehlungen vor; diese ermächtigen **nach Mitentscheidung des Europäischen Parlaments** die Kommission zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen. Die Kommission führt diese Verhandlungen im Benehmen mit einem zu ihrer Unterstützung von Rat **und Europäischem Parlament** bestellten besonderen Ausschusses nach Maßgabe der Richtlinien, die ihr der Rat **und das Europäische Parlament** erteilen kann.“*

Die vorgeschlagenen Änderungen des Artikels 133 stützen sich weitgehend auf Vorschläge des DGB-Bundesvorstandes. Durch diese Änderungen soll einerseits die bisherige Kultur der Geheimverhandlungen durch Einbeziehung des Europäischen Parlaments zugunsten von demokratischer Transparenz überwunden werden. Andererseits sollen qualitative Kriterien in die Grundsätze der Handelspolitik der EU eingebaut werden. Dazu zählt auch der Verweis auf Artikel 2

¹ Der Verweis auf die Grundsätze des Artikels 2 dieses Vertrages soll sicher stellen, dass etwa auch das Prinzip der Daseinsvorsorge durch internationale Handelsabkommen nicht infrage gestellt werden darf.

in der Fassung dieses Vorschlages. Dadurch soll etwa auch das Prinzip der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge) gegen zu weit gehende Liberalisierungstendenzen geschützt werden.

Im Rahmen der Gliederung, wie sie im Vorschlag CONV 232 vorgeschlagen wurde sollen im

Titel I. Wirtschafts- und Sozialunion

KAPITEL 3: Sozialpolitik

folgende Änderungen vorgenommen werden:

16. Im ersten Absatz des Artikel 136 EGV soll der Text wie folgt geändert und ergänzt werden:

*„Die **Union** und die Mitgliedstaaten verfolgen.... folgende Ziele: **die Herbeiführung von Vollbeschäftigung**, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, **ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit**, den sozialen Dialog...“*
[weiter wie bisher]

Es soll künftig nicht bloß um einen „angemessenen Sozialschutz“ gehen, sondern um mehr: ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit im Interesse der Betroffenen. Hier soll auch durch die Textänderung deutlich werden, dass die Menschen im Mittelpunkt der politischen Bemühungen in der und der EU stehen.

17. Artikel 136 sollte um folgenden Absatz ergänzt und erweitert werden:

*„Die **Union anerkennt und achtet die bestehende, national gewachsene Vielfalt der Systeme sozialer Sicherung als Garanten einer Gesellschaft, die durch die Werte der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit mit geprägt ist.**“*

Das System der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung hat sich als leistungsfähig und kostensparend erwiesen. Die Einbeziehung der Betroffenen in die Regelung ihrer Angelegenheiten soll daher erhalten und auch von der EU respektiert werden.

Mit der Formulierung „anerkennt und achtet“ schließt die Formulierung an Formulierungen der Grundrechts-Charta der EU an.

18. Für eine stärkere Durchgriffswirkung sollte weiters die derzeitige Kann-Vorschrift in Art. 137 (2) EGV durch folgenden Wortlaut ersetzt werden:

*„Zu diesem Zweck **erlässt** der Rat ... durch Richtlinien Mindestvorschriften, die schrittweise anzuwenden sind.“*

Zweck der Bestimmung ist, den Rat zu veranlassen, jedenfalls tätig zu werden.

19. Artikel 139 Absatz 2 soll wie folgt geändert werden: Nach Absatz 1 wird ein neuer Absatz 2 eingefügt, der bisherige Absatz 2 wird ergänzt und erhält die Bezeichnung Absatz 3.

„(2) Vereinbarungen, die die Sozialpartner auf europäischer Ebene über das Arbeitsentgelt oder die sozialen Rahmenbedingungen für ihre Mitglieder schließen (Europäischer Kollektivvertrag), sind, soweit sie nicht nur die Rechtsbeziehungen zwischen den Sozialpartnern zum Gegenstand haben, im Rahmen des fachlichen, räumlichen und persönlichen Geltungsbereichs, unmittelbar rechtsverbindlich. Die Rechtswirkungen treten auch für Arbeitnehmer eines Arbeitgebers ein, der zwar kollektivvertragsangehörig, jedoch Aussenseiter ist. Die näheren Bestimmungen zur Umsetzung erlässt der Rat auf Vorschlag der Kommission nach Zustimmung des Europäischen Parlaments. Der Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit. Bis zur vollständigen Anwendbarkeit dieses Absatzes gilt der Absatz 3.

*(3) Die Durchführung der auf Gemeinschaftsebene geschlossenen Vereinbarungen erfolgt entweder nach den jeweiligen Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner und der Mitgliedstaaten oder in den durch Artikel 137 erfassten Bereichen, **einschließlich Arbeitsentgelt, Koalitionsrecht, das Streikrecht sowie das Aussperrungsrecht** auf gemeinsamen Antrag der Unterzeichnerparteien durch einen Beschluß des Rates auf Vorschlag der Kommission. Der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit.“*

Mit diesem Änderungsvorschlag sollen die Sozialpartner auf europäischer Ebene in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, über welche Felder ihrer Zuständigkeit sie verhandeln wollen. Zugleich soll durch die Festlegung der Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit durch den Rat der soziale Dialog auf europäischer Ebene gestärkt werden.

Zugleich soll jedoch bereits eine primärrechtliche Grundlage für den Abschluss verbindlicher, mit 3. Wirkung ausgestatteter Kollektivverträge auf europäischer Ebene geschaffen werden. Diese Regelung des vorgeschlagenen Absatz 2 bedarf allerdings der näheren Ausführung durch Rat und EP.

20. Im zweiten Absatz des Artikel 140 soll der Text wie folgt ergänzt werden:

„Zu diesem Zweck wird die Kommission in enger Verbindung mit den Mitgliedstaaten sowie den Organisationen der Sozialversicherung durch Untersuchungen, Stellungnahmen und die Vorbereitung von Beratungen tätig, gleichviel ob es sich um innerstaatliche oder um internationalen Organisationen gestellte Probleme handelt. Zur Erreichung der in Artikel 136 genannten Ziele arbeitet die Union eng mit den Organisationen der Sozialversicherung zusammen. Vor Abgabe....“ [weiter wie bisher]

Im europäischen Einigungsprozess muss gerade die gewachsene soziale und kulturelle Vielfalt der einzelstaatlichen Systeme des sozialen Schutzes bewahrt und behutsam in eine gemeinsame europäische Zukunft fortentwickelt werden. Der direkte Dialog zwischen den nationalen Akteuren der Sozialversicherung und den Instanzen der Union ist hierfür eine notwendige Voraussetzung.

21. Nach Artikel 144 soll ein neuer Artikel 144a eingefügt werden:

„In den Angelegenheiten des Artikel 137 Abs. 1 lit. j) und k) nimmt der Rat in Verfolgung des Konsenses der Mitgliedstaaten, auf Basis eines Vorschlags der Kommission, die dabei die Meinung des Ausschusses für Sozialschutz berücksichtigt und nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der Sozialpartner

- Ziele und Indikatoren, die gemeinsam festgelegt wurden und***
- soweit das angemessen erscheint, Leitlinien, die die Mitgliedstaaten bei ihrer Politik zu berücksichtigen haben und***
- Berichte über die Umsetzung dieses Kooperationsprozesses an.***

Das Ergebnis dieses Prozesses wird in die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im Sinne des Artikel 99 dieses Vertrages einbezogen.“

Ziel dieser neuen Bestimmung ist ein zweifaches: Einerseits soll so die Methode der offenen Koordinierung ausdrücklich in den Vertrag aufgenommen, zugleich aber deutlich gemacht werden, dass diese Methode nur für zwei genau definierte Politikfelder in Betracht kommen soll, nämlich die Modernisierung des sozialen Schutzes und die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung. Die offene Koordinierung soll nicht „hard EU law“ ersetzen und sie soll deutlich Verbindlichkeiten mit sich bringen. Das wird im wesentlichen über die Einbindung in Artikel 99 und sein zwar weiches aber immerhin bestehendes „Sanktionssystem“ erreicht.

=====